

4.2.1. Die Bemühungen der DDR, gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten den Frieden in Europa zu stärken

Die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR war untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Festigung des Friedens in Europa. Dabei war die Durchsetzung **normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD** von besonderer Bedeutung, weil vor allem die aggressiven Kräfte des BRD-Imperialismus sich nicht mit der Existenz eines sozialistischen deutschen Staates abfinden wollten. Um diese Pläne des Imperialismus zu durchkreuzen und friedliche Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus zu sichern, verstärkte die DDR ihre Bemühungen um die Normalisierung der Beziehungen zur BRD. Die SED und die mit ihr in der Nationalen Front verbündeten Parteien und Organisationen beabsichtigten in den fünfziger Jahren, in offener demokratischer Auseinandersetzung mit den imperialistischen Kräften in der BRD einen *einheitlichen demokratischen deutschen Staat* zu schaffen. Durch eine breite demokratische Volksbewegung, deren Grundlage die Aktionseinheit der Arbeiterklasse war, sollte das Wiedererstehen des deutschen Militarismus verhindert und die Macht des Monopolkapitals gebrochen werden. Diese politische Zielstellung entsprach voll und ganz den völkerrechtlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und diente der Sicherung des Friedens in Europa.

Um auf diesem Wege Fortschritte zu erzielen, unterbreitete die Regierung der DDR der Regierung der BRD eine ganze Reihe **konstruktiver Vorschläge**. Im Vordergrund stand dabei als erster Schritt zu normalen Beziehungen zwischen beiden Staaten die Forderung nach gleichberechtigten Verhandlungen als Alternative zur imperialistischen Politik des „kalten Krieges“ gegen die DDR.

So wandte sich der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, im November 1950 an den Kanzler der BRD, Adenauer, mit dem Vorschlag, Verhandlungen auf Regierungsebene über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aufzunehmen. Dieser Rat sollte die Bildung einer provisorischen demokratischen gesamtdeutschen Regierung vorbereiten und an der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mitwirken. In dem Brief hieß es: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind . . . Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.“

In der Folgezeit unterbreiteten die Volkskammer, Präsident Wilhelm Pieck, die Regierung der DDR und die Nationale Front zahlreiche ähnliche Vorschläge. Bis Ende 1952 wurden mehr als 100 Angebote dieser Art den entsprechenden Stellen in der BRD zugeleitet.

● *Analysieren Sie die Quelle „Brief Grotewohls“ und werten Sie sie als ein Dokument, in dem die gegen die imperialistische Spaltung Deutschlands gerichtete Politik der DDR zum Ausdruck kommt!*

Durch diese Aktionen der DDR wurde der Imperialismus in der BRD in die Enge getrieben. Die BRD-Regierung befürchtete ein weiteres Anwachsen der Aktivität der demokratischen Kräfte in der BRD gegen die imperialistische Politik der Spaltung Deutschlands und des „kalten Krieges“. Sie war ausschließlich darauf bedacht, die Macht des deutschen Imperialismus zu restaurieren, eine demokratische Entwicklung in der BRD zu verhindern, und sie beschleunigte deshalb mit Unterstützung der imperialistischen Westmächte die Vorbereitungen für eine **Remilitarisierung**.

Angesichts der Versuche, die BRD in die NATO einzubeziehen und sie aufzurüsten, ergriff die Regierung der DDR die Initiative für den Abschluß eines **Friedensvertrages**. Im Februar 1952 bat sie in einem Schreiben an die vier Großmächte, ihn beschleunigt vorzubereiten. Aber nur die Regierung der UdSSR beantwor-

tete diesen Brief und unterbreitete im März 1952 die Grundsätze eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Bestimmungen des sowjetischen Vertragsentwurfes waren darauf gerichtet, das Potsdamer Abkommen auch in der BRD zu verwirklichen. Es sollte nicht zugelassen werden, daß der deutsche Militarismus wiederhergestellt und die BRD in imperialistische Militärpakte einbezogen wird.

Wichtige Grundsätze des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. März 1952

Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt, damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.

Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.

Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein.

In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein.

Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt.

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

● *Vergleichen Sie die Grundsätze des sowjetischen Entwurfs eines Friedensvertrages (1952) mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens (siehe S. 48f.)!*

Im September 1952 reiste eine **Delegation der Volkskammer nach Bonn**. Sie war bevollmächtigt, mit dem Bundestag der BRD über die gleichberechtigte Teilnahme von Vertretern beider Regierungen an einer Viermächtekonferenz über einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln. Nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung sah sich der Präsident des Bundestages gezwungen, diese Delegation überhaupt zu empfangen. Die Vorschläge der DDR jedoch ließ er unbeantwortet.

Die BRD-Regierung lehnte weiterhin Verhandlungen mit der Sowjetunion und der DDR ab. Vielmehr verstärkte die BRD ab 1955 als Mitglied der NATO den „kalten Krieg“ gegen die DDR. Die Regierung der BRD forcierte die

Aus einer geheimen Anweisung der Bundeswehr der BRD

„Anweisung 126

II/A 1 (Speidel)

II/C 4 (Oster)

OPERATION DECO II

Die Operation DECO II sieht ein schlagartiges Zusammenwirken von Land-, Luft- und Seeverbänden, Propagandaeinheiten und den vor Anlaufen der militärischen Operationen nach Ostberlin und strategisch wichtigen Punkten der SBZ zu infiltrierenden militärischen Einheiten vor.

Operation DECO II Berlin

Die nach Ostberlin eingeschleusten Verbände der 3. LSKG in Zivil besetzen zum Zeitpunkt G schlagartig sämtliche sowjetzonalen staatlichen und militärischen Dienst- und Kommandostellen, Telegrafien- und Fernsprechämter, Reichsbahn- und Stadtbahnhöfe, Rundfunksender, Großverlage, Staatsreservelager, Industrie- und Hafenanlagen, Ausfallstraßen und Grenzkontrollpunkte.

Zum Zeitpunkt E sind seitwärts Berlin starke Luftlandverbände der 3. LSKG abzusetzen, die nach dem Westen vordringen und jede aufkommende feindliche Handlung niederkämpfen. Sie vereinigen sich mit von den Westsektoren nach Ostberlin vordringenden Truppen...“⁴

Aufrüstung und beantwortete alle Verständigungsvorschläge der DDR mit Drohungen und Forderungen zur „Angliederung“ der DDR an die BRD.

Die aggressiven Kräfte in der BRD stemmten sich gegen eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR und zu den sozialistischen Staaten. Sie forderten offen die revanchistische Veränderung der Grenzen in Mitteleuropa, entfachten einen diplomatischen Krieg gegen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, sabotierten Handelsabkommen und verschärften die Hetze und Wühlätigkeit gegen die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung. Diese Machenschaften erforderten entschiedene Maßnahmen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten zur Sicherung des Friedens in Europa. Vom 17. bis 20. September 1955 fanden in Moskau Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR statt, die zu einem **Staatsvertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR** führten. Mit diesem Vertrag wurde die bereits im März 1954 durch die Sowjetregierung erklärte volle Souveränität der DDR in aller Form völkerrechtlich verankert.

Artikel 1 des Vertrages über die Beziehungen der DDR und der UdSSR vom September 1955

„Die vertragschließenden Seiten bestätigen feierlich, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen. In Übereinstimmung hiermit ist die Deutsche Demokratische Republik frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten.“⁵

● *Welche Festlegungen wurden durch den Staatsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR 1955 vereinbart? Bewerten Sie die Bedeutung des Vertrages für die Stärkung des Sozialismus in der DDR!*

Als souveräner sozialistischer Staat nahm die DDR an den Vorbereitungen für die Gründung des Warschauer Vertrages und an dem Grün-

⁴ Zitiert nach: G. Zazworka: Psychologische Kriegführung. Berlin 1961.

⁵ Zitiert nach: 20 Jahre DDR. Berlin 1969, S. 201.



Generaloberst Willi Stoph, Minister für Nationale Verteidigung der DDR, vereidigt das erste Regiment der Nationalen Volksarmee, 30. April 1956

dungsakt vom 14. Mai 1955 teil und wurde von Anfang an **gleichberechtigtes Mitglied** dieses sozialistischen Verteidigungsbündnisses. Angesichts der forcierten Aufrüstung und Militarisierung in der BRD mußte die Regierung der DDR Maßnahmen treffen, um die Verteidigungskraft des sozialistischen Staates zu sichern. Am 18. Januar 1956 beschloß die Volkskammer deshalb das Gesetz zur Bildung der **Nationalen Volksarmee (NVA)**. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht zog damit die militärpolitischen Schlußfolgerungen aus der neuen Lage und kam ihren internationalistischen Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Bruderländern nach. Mit dem Aufbau der NVA im Rahmen der Streitkräfte des Warschauer Vertrages leistete die DDR nunmehr auch einen militärischen Beitrag, um den Ausbruch eines Krieges auf deutschem Boden zu verhindern und für den Aufbau des Sozialismus friedliche

Bedingungen zu sichern. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte entstand eine Armee der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Der Aufbau der NVA war ein fester Bestandteil der allseitigen Stärkung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR.

Aus dem Fahneid der Angehörigen der Nationalen Volksarmee

„Ich schwöre:

Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Regierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre:

An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat der Nationalen Volksarmee jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und mein Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen.“⁶

● Welche der im Abschnitt 4.2.1. dargestellten Ereignisse trugen im besonderen Maße zur Stärkung des sozialistischen Weltsystems und zur Sicherung des Friedens in Europa bei?